

Pressemitteilung

Ökonomen fordern überparteilichen Konsens für das Schulfach Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Die im Landtag inszenierte Gegenüberstellung von ökonomischer und politischer Bildung ist weder zutreffend noch zielführend

Düsseldorf, 12.3.2019 – Einen Tag vor der öffentlichen Expertenanhörung zum Antrag „Mehr Demokratie wagen“ der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Nordrhein-Westfalen appelliert der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) an alle Landtagsfraktionen, die dringend gebotene Stärkung der ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen nicht künstlich gegen das ebenso wichtige Anliegen der politischen Bildung in Stellung zu bringen.

Zehn Sachverständige beziehen am Mittwoch in öffentlicher Anhörung vor dem Ausschuss für Schule und Bildung und dem Hauptausschuss Stellung zum Antrag „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“ von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstand des Antrags ist die Forderung der beiden Oppositionsparteien, die im Koalitionsvertrag zugesagte Einführung des Schulfachs Wirtschaft und die vom Schulministerium bereits vorgestellten Änderungen in den Stundentafeln nicht weiter zu verfolgen. Stattdessen sollten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiebildung und zur Ausbildung „demokratischer Kompetenzen“ ergriffen werden.

In einem gemeinsam mit zehn weiteren Verbänden, Stiftungen und Bildungsträgern formulierten Positionspapier stellt der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) dagegen fest, ökonomische Bildung leiste schon allein durch die Vermittlung der notwendigen Wissensgrundlagen einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung.

Dazu bdvb-Präsident **Malcolm Schauf**, Professor für allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der FOM Hochschule Düsseldorf: „Der gemeinsame Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versucht, Demokratiefähigkeit und Grundlagenwissen über unsere Wirtschaftsordnung gegeneinander auszuspielen. Dabei ist beides eng miteinander verbunden: Wer wirtschaftspolitische Entscheidungen und globale Zusammenhänge nicht versteht, ist eine leichte Beute für Populisten und Vereinfacher – man denke nur an den Brexit oder die einseitige Diskussion über das Leistungsbilanz-Defizit der USA. Gerade mit dem geplanten Integrationsfach ‚Wirtschaft-Politik‘ stärken wir die Demokratie, davon sind wir überzeugt.“

Zentrale Aspekte der ökonomischen Allgemeinbildung, die im kürzlich vorgelegten Kernlehrplanentwurf für das Schulfach Wirtschaft-Politik in der gymnasialen Sekundarstufe I jedoch noch weitgehend fehlen, könnten weitgehend wertfrei vermittelt und im Unterricht von allen Seiten beleuchtet werden, so Schauf weiter – etwa ein Grundverständnis des Wirtschaftskreislaufs, der arbeitsteiligen Wirtschaft, ökonomischer Anreizsysteme und des Steuersystems. Insgesamt unterscheidet sich der Lehrplanentwurf, der sich derzeit in der Verbändeanhörung befindet, nur marginal vom bisherigen Schulfach Politik/Wirtschaft. Auch bei der finanziellen Verbraucherbildung und im Bereich Entrepreneurship sehen die Ökonomen Nachbesserungsbedarf.

Dass ein überparteilicher Konsens für ökonomische Bildung möglich ist, wenn arbeitnehmerorientierte Aspekte wie Studien- und Berufsorientierung sinnvoll in das Curriculum integriert werden, hat sich erst kürzlich am Beispiel Baden-Württembergs gezeigt, wo das Schulfach Wirtschaft von einer rot-grünen Landesregierung eingeführt wurde.

Das Positionspapier steht unter www.bdvb.de/schulfach-wirtschaft zum Download bereit.

Über den bdvb: Der 1901 in Berlin gegründete unabhängige Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. vertritt über die Teildisziplinen hinweg die Interessen aller Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland in Studium und Beruf. Als anerkannter und größter Wirtschaftsakademikerverband unterstützt er die interdisziplinäre Diskussion über ökonomische Themen und bietet ein Forum für den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Der bdvb kooperiert mit in- und ausländischen Partnerverbänden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Kontakt:

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)
Florastr. 29, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-371022, E-Mail: info@bdvb.de